Ein Preis für die „Botschafterin des Gewissens“ – Am 7. Dezember wird Francesca Albanese, die *UN-Sonderberichterstatterin über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten*, in Paris mit dem Preis „Botschafterin des Gewissens“ ausgezeichnet. Der *Conscience Award* ist der höchste Menschenrechtspreis von Amnesty International und soll „Musiker, Künstler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ dafür ehren, dass sie „ihre Talente genutzt haben, um Millionen von Menschen zu inspirieren, sich gemeinsam mit ihnen für die Menschenrechte von Menschen auf der ganzen Welt“ einzusetzen. So beschreibt Amnesty International den Preis. Von **Karin Leukefeld**.

Francesca Albanese macht ihre Arbeit und spricht darüber. Wie das Mandat ihres Amtes es vorsieht, berichtet sie über die seit Jahrzehnten anhaltende Ungerechtigkeit gegenüber den Palästinensern. Sie untersucht die Menschenrechtssituation in Gaza, im Westjordanland und Ostjerusalem, den besetzten palästinensischen Gebieten. Sie berichtet öffentlich darüber und arbeitet mit Regierungen, der Zivilgesellschaft und anderen, „um internationale Zusammenarbeit zu fördern“. Der UN-Menschenrechtsrat unterstützt ihre Arbeit logistisch und technisch.

Laut Mandatstext sollte sie regelmäßig die besetzten palästinensischen Gebiete bereisen und dort die Lage untersuchen. Das aber wird ihr von der israelischen Regierung verwehrt. Israel ist der Staat, der die palästinensischen Gebiete besetzt hält, die Besatzungsmacht. Auch die Vorgänger im Amt von Albanese konnten selten oder gar nicht in die besetzten palästinensischen Gebiete einreisen – Israel kooperiert nicht.

Das Mandat geht zurück auf eine Resolution des Menschenrechtskomitees aus dem Jahr 1993, in der die Arbeit des jeweiligen UN-Sonderberichterstatters beschrieben wird. Er/sie soll:

> *„(a) Die Verstöße Israels gegen die Grundsätze und Grundlagen des Völkerrechts, des humanitären Völkerrechts und der Genfer Konvention vom 12. August 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten (zu) untersuchen;*
>
> *(b) Mitteilungen entgegennehmen, Zeugen anhören und die Verfahrensmodalitäten anwenden, die für die Erfüllung des Mandats*

> *erforderlich sind (…)“.* Abschließend heißt es, der/die Amtsträgerin soll
>
> *„(c) der (UN-) Menschenrechtskommission auf ihren künftigen Tagungen bis zum Ende der israelischen Besetzung dieser Gebiete Bericht erstatten und dabei (…) Schlussfolgerungen und Empfehlungen vorlegen.“*

„Bis zum Ende der israelischen Besetzung“, heißt es in dem Auftrag, doch die Besatzungsmacht Israel kooperiert nicht. Weder die Resolutionen der Vereinten Nationen noch der UN-Sicherheitsrat noch das juristische Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom Juli 2024 haben erreicht, dass Israel sich vollständig und umgehend aus den besetzten Gebieten zurückziehen muss und das auch tut. Im Gegenteil: Israel schreckt selbst vor Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord an den Palästinensern nicht zurück, um sich das seit Jahrzehnten besetzte palästinensische Territorium rechtswidrig anzueignen, zu verwüsten oder zu besiedeln. Die ursprünglichen Bewohner des Landes werden vertrieben, verstümmelt, verhaftet, getötet. Wer seine Rechte, seine Familie, sein Eigentum zu schützen versucht und sich wehrt, selbst wer darüber berichtet, ist „Anti-Semit“ oder „Terrorist“. Israel weigert sich nicht nur, mit den Vereinten Nationen, dem internationalen und humanitären Recht und UN-Amtsträgern zu kooperieren. Israel will seine Weigerung, das von ihm begangene Unrecht gegen die Palästinenser anzuerkennen, zum neuen Maßstab im internationalen Umgang zwischen den Staaten und Völkern machen.

Francesca Albanese macht ihre Arbeit. Sie berichtet darüber und wird deswegen verfolgt. UN-Mitgliedsstaaten – konkret die USA – haben Zwangsmaßnahmen, sogenannte „Sanktionen“ gegen sie verhängt.

Als kürzlich bei der Vorstellung ihres vierten Berichts „*Die Wahrheit unter Trümmern – Medien in Zeiten des Völkermords*“ im 3. Komitee der UN-Vollversammlung darüber gesprochen wurde, protestierte niemand, als Frau Albanese vom israelischen UN-Botschafter Danny Danon und seinem US-Kollegen, UN-Botschafter Jeff Bartos, als „Lügnerin“ und „Wahnsinnige“ bezeichnet wurde. Der Vorsitzende der Sitzung, der australische UN-Botschafter James Larsen, versuchte nach dem Beitrag des israelischen UN-Botschafters lediglich, daran zu erinnern, dass die Sprecher sich bei ihren Erklärungen auf das Wesentliche und weniger auf Individuen fokussieren sollten. Die Beiträge beider Botschafter sind im englischsprachigen Mitschnitt des UN-Fernsehens ab ca. 01:03 mitzuverfolgen. Der Bericht von Francesca Albanese ist bei 00:55, ihre Reaktion auf die 22

Stellungnahmen ist ab 01:38 nachzuhören. Als verantwortlicher Staat hatte Israel das erste Wort und mit sieben Minuten die meiste Zeit, während alle anderen Kommentare lediglich 90 Sekunden lang sein durften.

Die Wahrheit unter Trümmern – Medien in Zeiten des Völkermords

Der Bericht, den die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese am 26. Oktober vorstellte (United Nations A/81(249)) beleuchtet die Lage von Medien und Journalisten in Zeiten des Völkermords.

In einer knappen Zusammenfassung zu Beginn wird auf „drei miteinander verknüpfte Muster“ verwiesen, wie mit der Zerstörung der Wahrheit auch die Vernichtung eines Volkes betrieben wird. Bei den drei Mustern handelt es sich um die „Eliminierung palästinensischer Medienmitarbeiter“, um den „Aufbau eines israelischen Informationsregimes“ und um „die Rolle einflussreicher internationaler Medien und digitaler Plattformen“.

Palästinensische Medienmitarbeiter würden getötet, verstümmelt, willkürlich verhaftet, gefoltert, eingeschüchtert und als „Terroristen“ eingestuft, um so die Dokumentation von Verbrechen zu unterbinden. Israel habe durch Medienbeschränkungen, Zensur, Propaganda, Hassreden und die Anstiftung zum Völkermord und die Leugnung palästinensischer Geschichte und Rechte versucht, die Berichterstattung nicht nur zu beeinflussen, sondern zu bestimmen. Internationale einflussreiche Medien wiederum hätten die palästinensischen Stimmen marginalisiert und zumeist die israelische Darstellung („Narrativ“) (der realen Situation und der rechtlichen Bedeutung) dessen, was geschah, verzerrt, was auch zur Legitimierung von Gräueltaten geführt habe. So sei der Völkermord in Gaza nicht nur begleitet, sondern erleichtert worden, denn die Rechenschaftspflicht (des israelischen Staates und seiner Unterstützer) sei be- und verhindert worden.

Das langjährige Kolonialprojekt Palästina sei nun in der „Phase des Völkermordes“, so der Bericht. Der Krieg gegen die Medienschaffenden in dem Gebiet habe sich verschärft, gleichwohl aber auch der Krieg durch Medien, die Palästina nicht respektierten.

Weil die UN-Sonderberichterstatterin von Israel daran gehindert wird, die Gebiete zu bereisen, war sie auf Erst- und öffentliche Quellen angewiesen. Sie hat mit Überlebenden und Experten gesprochen und sie habe 89 schriftliche Stellungnahmen erhalten, nachdem sie dazu aufgerufen habe. Die überwiegende

Mehrheit der eingereichten Stellungnahmen (62) bezog sich demnach auf Medienberichterstattung in Europa, Nordamerika und Australien. Man habe sich auf eine Auswahl von Medienorganisationen konzentriert, „die weithin als maßgeblich und einflussreich für die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit und die Politikgestaltung gelten“.

Die palästinensischen Journalisten hätten die gleiche Bombardierung, Vertreibung, Hunger und Erschöpfung durchgemacht wie die Bevölkerung, über die sie berichteten. Viele lebten schließlich in Zelten, manche seien „während einer Live-Übertragung vor Hunger oder unter Stress zusammengebrochen“.

Seit Oktober 2023 seien nahezu 300 Journalisten und Medienmitarbeiter getötet und mehr als 400 verletzt worden, heißt es in dem Bericht. Die Journalisten seien trotz Schutzwesten und Helmen angegriffen worden, und obwohl Kameras, Stative, Übertragungsantennen, ihre Fahrzeuge und Zelte deutlich als „Presse“ markiert waren. Rund 70 Journalisten wurden dem Bericht zufolge für ihre Berichterstattung getötet. Sie seien telefonisch oder per Lautsprecher aus Drohnen mit dem Tod bedroht worden. Die israelische Armee habe die Journalisten als „Terroristen“ und „Hamas-Kämpfer“ bezeichnet, was deren Tod legitimieren sollte. Belegt wurde das nicht.

Nach dem gewaltsamen Tod so vieler ausgebildeter und professionell arbeitender Journalisten hätten schließlich einfache Reporter die Aufgabe – und Last – auf sich genommen, zu berichten. Sie seien entschlossen gewesen, zu bleiben und zu zeigen, dass „weder sie noch ihr Volk verschwinden“ würden. „Jedes Bild, jeder Ausschnitt aus einem Video, jedes Zeugnis“, das Gaza verlassen habe, sei „ein Akt des Widerstandes gegen die koloniale Vernichtung“, so der Bericht.

Der Bericht umfasst 29 Seiten und ist in den offiziellen UN-Sprachen (Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch) veröffentlicht. In den sieben Kapiteln geht es zunächst um eine einleitende Einführung (I) und den rechtlichen Rahmen (II). Er schließt mit einer Schlussfolgerung (VI) und Empfehlungen (VII). Letztere richten sich direkt an die UN-Generalversammlung und an die (UN-Mitglieds-)Staaten.

Die Angriffe auf die Journalisten in Gaza und im Westjordanland werden in dem Kapitel „Die Zeugen zum Schweigen bringen“ (III) ausführlich dargestellt. Mit einer Fülle von Fußnoten und Quellenangaben wird aufgezeigt, wie diese Zeugen getötet, verletzt und diffamiert wurden. Unrechtmäßige Inhaftierung und Folter werden

nachgewiesen sowie die immense Zerstörung journalistischer und medialer Infrastruktur. Besonders gewürdigt werden auch die Familien der Journalisten, die wegen der Arbeit ihrer Angehörigen ins Visier der israelischen Armee gerieten. Seit Oktober 2023 wurden demnach 710 Familienmitglieder von Journalisten getötet. Allein in den ersten vier Monaten waren es 436 Eltern, Kinder, Ehepartner oder Angehörige der weiteren Familie. Für den Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis April 2025 meldete das Palästinensische Journalistensyndikat den Tod von 665 Familienangehörigen, die bei der Bombardierung ihrer Wohnhäuser und Wohnungen durch die israelische Armee getötet wurden.

Im folgenden Kapitel (IV) geht es um „Die israelische Medienlandschaft: Zensur, Manipulation, Aufstachelung“. Unterteilt wird darin nach innerisraelischen Restriktionen und denen für ausländische Journalisten. Zudem werden digitale Plattformen gesondert bewertet. Kern der israelischen Restriktionen und Verbote gegen Medien und Journalismus war der „Kampf um die Wahrheit“, wie der israelische Ministerpräsident wiederholt beschwor. Zensur, Verbote, Verfolgung einerseits, Förderung, Gleichschaltung andererseits sorgten für die Wahrnehmung der Realität, wie es die israelische Regierung wollte. Keine Journalisten erhielten eine Genehmigung, den Gazastreifen zu betreten, es sei denn in einer von der israelischen Armee geführten Tour. Fahrten oder Flüge mit Hilfslieferungen für den Gazastreifen durften von Journalisten teilweise zwar begleitet, aber nicht dokumentiert werden.

In- und ausländische Medien wurden eingeschränkt, digitale Plattformen mobilisierten eine hasserfüllte Rhetorik und verbreiteten die Sichtweise der israelischen Regierung und Armee. Auch Politiker verbreiteten Hass gegen die Palästinenser und erklärten alle zu „Terroristen“ – was bedeutete, dass alle bekämpft und „an der Wurzel ausgerottet“ werden mussten. Seit Oktober 2023 verschärfte sich die israelische Zensur drastisch. Die Berichterstattung über „Sicherheitsfragen“ musste gemäß der militärischen Zensur genehmigt werden. Vor Oktober 2023 wurden zwischen 2011 und 2023 durchschnittlich bis zu sechs Eingriffe täglich in die Berichterstattung notiert. 2024 wurden 1.635 Artikel verboten und 6.265 redigiert, 2025 wurden 753 Artikel verboten und 4.974 redigiert. Eine Überarbeitung des Anti-Terror-Gesetzes aus dem Jahr 2023 ermöglichte die Festnahme von Journalisten „wegen des Konsums“ von Inhalten, die als unterstützend für den „Terrorismus“ angesehen werden. Das führte zu Selbstzensur und schränkte die Meinungsfreiheit ein.

Weitere Gesetzesverschärfungen gegen Medien und Journalisten folgten. Während

israelische Medien wie *+972 Magazine* und *Haaretz* versuchten, sich den Restriktionen zu widersetzen, verbreiteten andere, nicht nur innerisraelische Medien die Regierungspropaganda. Ein Beispiel von vielen verweist auf die *Jerusalem Post*, die das System der Vereinten Nationen als einen „Apparat des „globalen Antisemitismus“ bezeichnete. Sie behauptete „eine „Allianz“ zwischen dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und der Hamas. Der Sitz der Vereinten Nationen in Genf sei „Ground Zero für globalen Anti-Semitismus“ geworden. Diese Art von Berichterstattung schürten Darstellungen, die die Zerstörung lebensnotwendiger Bedingungen für Palästinenser rechtfertigten, heißt es in dem Bericht.

Kapitel (V) befasst sich mit westlichen Medien und digitalen Plattformen. Dabei wird u.a. die bundesdeutsche *ARD* hervorgehoben, die mit einer Anleitung für die Berichterstattung Nahost auch in Deutschland für Aufregung gesorgt hatte.

Den Mächtigen die Wahrheit sagen

Die letzten zwei Seiten des 29-seitigen Berichts umfassen die Empfehlungen (Kapitel 7), die die UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete vorlegt. Sie richten sich an die UN-Vollversammlung und an die (UN-Mitglieds-)Staaten. Die Empfehlungen schließen an diejenigen ihrer vorherigen drei Berichte an. An die UN-Generalversammlung gerichtet, schlägt Albanese einen „unabhängigen Mechanismus“ vor, der die Beweise über die Verbrechen gegen Journalisten und ihr Informationsumfeld in den besetzten palästinensischen Gebieten sichern und bewahren solle. Alles müsse unternommen werden, um mit den provisorischen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs zu kooperieren, damit Israel „alle Angriffe gegen das Feld der Information“ einstelle. Willkürlich verhaftete Journalisten müssten freigelassen werden, das Schicksal der gewaltsam Verschwundenen und deren Aufenthaltsorte müssten offengelegt werden. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes müsse Zugang zu den Gefangenen erhalten, internationale Medien und Menschenrechtsbeobachter müssten nach Gaza einreisen können. Zensurmaßnahmen, Verbote von Medien und Gesetze, die die Medien einschränkten, müssten zurückgenommen werden.

An die Staaten gerichtet schlägt Albanese vor, dass diese die Angriffe gegen die palästinensischen Journalisten untersuchen und strafrechtlich verfolgen sollten. Öffentliche und institutionelle Unterstützung für Medien und digitale Plattformen, die systematisch zu Hass und Diskriminierung aufriefen, solle überprüft werden. Das

von Journalisten berichtete und audiovisuelle Material – auch in Archiven – müsse als Beweismaterial für zukünftige Strafverfahren erhalten und gesichert werden. Schließlich fordert die UN-Sonderberichterstatterin „Journalistenverbände, die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit“ auf, diejenigen zu verteidigen, die Grausamkeiten dokumentierten. Es müsse Rechenschaft eingefordert und „die Aufmerksamkeit auf inhaftierte und verschwundene Journalisten“ gelenkt werden. Man dürfe nie vergessen, „dass der Journalismus seine öffentliche Funktion nicht mehr erfülle, wenn er die Behauptungen der Machthaber einfach wiedergibt, anstatt sie kritisch zu hinterfragen.“

Veranstaltungshinweis:

Im Dezember wird die UN-Sonderberichterstatterin auch in Deutschland erwartet. Veranstaltungen mit ihr sind in **Heidelberg** (8. Dezember 2026, 19:30 Uhr, Collegium Academicus); in **Bremen** (9. Dezember 2026, 19:00 Uhr, Saal der Islamischen Föderation) und in **Berlin** vorgesehen (10. Dezember 2026, 19:30 Uhr, Kino Babylon).

Veranstalter ist der Palmyra Verlag (Heidelberg). Der Verlag veröffentlicht die deutsche Übersetzung des Buches „When the world sleeps“ von Francesca Albanese. Der deutsche Titel: „*Wenn die Welt schläft – Geschichten, Stimmen und Wunden Palästinas*“.

*Lesetipp: Francesca Albanese: Wenn die Welt schläft – Geschichten, Stimmen und Wunden Palästinas, Heidelberg 2026, Palmyra Verlag, Taschenbuch, 228 Seiten, ISBN 978-3930378975, 26 Euro (**erscheint am 1. Dezember 2026**).*

Titelbild: Fotografía oficial de la Presidencia de Colombia – Andrea Puentes